



**Stellungnahme der K+S KALI GmbH  
zur Konsultation der EU-Kommission in Vorbereitung auf die für Ende des Jahres  
angekündigte neue Mitteilung zur Rohstoffsicherheit**

**Präambel**

**Über K+S KALI GmbH**

**International aufgestellter Kaliproduzent**

Die K+S KALI GmbH ist ein deutsches Unternehmen mit langer Tradition im Kalibergbau und mit weltweiter Marktbedeutung. Wir verfügen über eine herausragende Expertise in der Gewinnung, Verarbeitung und Nutzbarmachung einzigartiger Rohsalze zu innovativen und individuellen Lösungen bei der Produktentwicklung für unsere Kunden aus den Bereichen Landwirtschaft, Industrie, Health Care & Food und Futtermittelherstellung. Durch unsere weltweite Anwendungsberatung tragen wir gezielt zu einem nachhaltigen Einsatz der K+S KALI-Produkte bei.



## 1 Kritische Rohstoffe

### Zu Frage 1: Definition kritischer Rohstoffe

K+S begrüßt, dass die EU-Kommission die Verfügbarkeitsrisiken bei Rohstoffen untersucht, die für die europäische Industrie von großer Bedeutung sind. Aus Sicht eines europäischen Unternehmens der Rohstoffgewinnung hätte anstatt einer übergreifenden Untersuchung allerdings eine differenziertere Betrachtung nach drei Rohstoffgruppen durchgeführt werden sollen:

1. aus dem Ausland zu importierende mineralische Primärrohstoffe
2. in Europa vorhandene mineralische Primärrohstoffe
3. industrierelevante Sekundärrohstoffe

Die Beschränkungen und die Risiken der Versorgungssicherheit bei diesen Rohstoffgruppen sind sehr unterschiedlich und lassen sich nur unvollständig in einer gemeinsamen Analyse abbilden.

### Zu Frage 3: Haben Sie Anmerkungen zu den Empfehlungen des Berichts „Critical Raw Materials“?

K+S möchte auf die besondere Wertschöpfungstiefe heimischer Rohstoffgewinnung und die damit verbundene wirtschaftliche Bedeutung innereuropäischer Rohstoffvorkommen hinweisen. Einheimische Rohstoffe tragen zur sicheren Rohstoffversorgung Europas bei. K+S tritt dafür ein, die innereuropäische Gewinnung von mineralischen Primärrohstoffen nicht zu gefährden. Denn es ist absehbar, dass durch die mangelnde Vereinbarung von Rohstoffgewinnung und Naturschutz, aber auch andere Nutzungskonflikte, in Europa Versorgungsengpässe bei heimischen Rohstoffen eintreten und ein längerfristiger Zugriff auf Lagerstätten nicht mehr gewährleistet ist.

K+S begrüßt deshalb die Absicht der EU-Kommission, die Anwendungspraxis der bestehenden Umwelt- und Naturschutzregeln zu prüfen. Der Zugang zu heimischen Rohstofflagerstätten



muss auch zukünftig unter gleichrangiger Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Belange möglich sein. Die EU-Kommission sollte sich darauf konzentrieren, politische Störungen der innereuropäischen Rohstoffverfügbarkeit zu beseitigen. Dann können Unternehmen wie K+S die Rohstoffversorgung sichern.

Nicht nur die 14 als „kritisch“ identifizierten Stoffe sollten im Fokus der europäischen Rohstoffpolitik stehen. Auch bei anderen Mineralrohstoffen sind aus unterschiedlichen Gründen potenzielle Verfügbarkeitsrisiken erkennbar, die zu Versorgungsengpässen führen können. Bei der Gestaltung einer konsistenten europäischen Rohstoffpolitik sollte sich die EU-Kommission auf unterstützende Maßnahmen beschränken und von verpflichtenden Auflagen unbedingt absehen. Diese würden Wettbewerbsverzerrungen für die europäische Rohstoffindustrie bedeuten und den Standort insgesamt schwächen.

### **Zu Frage 6: Rohstoffbezug ist allein Aufgabe der Industrie**

Aufgrund der unterschiedlichen Bedürfnisse der nationalen Industrien ist eine gemeinschaftliche Bevorratung der EU Mitgliedsländer bei nichtenergetischen Rohstoffen abzulehnen. Der Rohstoffbezug ist im Grundsatz über den Markt zu steuern. Staatliche Rohstoffbevorratung würde das auf Angebot und Nachfrage basierende Marktgefüge stören und Preise verzerren.

## **2 Politikfeld Handel**

Ziel der Rohstoffinitiative ist die Entwicklung einer europäischen Strategie zur nachhaltigen Versorgung der europäischen Industrie mit Rohstoffen unter fairen Bedingungen.

Die handelspolitischen Rahmenbedingungen spielen in diesem Zusammenhang eine große Rolle.



**Zu Frage 7/8/9:**

Der dreistufige Ansatz der GD Handel - 1. Verbesserung der Regeln gegen Handels- und Wettbewerbsverzerrungen bei Rohstoffen, 2. Durchsetzung bestehender Regeln und Vereinbarungen, 3. Ausweitung des internationalen Dialogs zu Handelsregeln bei Rohstoffen mit anderen Ländern - findet unsere Unterstützung.

Der Durchsetzung und der Verbesserung von Regeln gegen Handels- und Wettbewerbsverzerrungen kommt für uns besondere Wichtigkeit zu. Die Herstellung eines fairen Wettbewerbs hat für uns Priorität.

Wir weisen in diesem Zusammenhang auf Wettbewerbsschwierigkeiten im europäischen Rohstoffsektor hin. Der Praxis einiger Länder, in strategischer Weise Handels- und Wettbewerbsverzerrungen zur Verschaffung von Vorteilen im internationalen Wettbewerb einzusetzen, ist zu begegnen.

K+S setzt sich für ein kontinuierliches Monitoring der Rohstoffpreise in Europa ein, um nötigenfalls frühzeitig Maßnahmen gegen Preistreiberei oder unfairen Wettbewerb (Dumping) ergreifen zu können.

Die Europäische Kommission sollte Handels- und Wettbewerbsverzerrungen bei Rohstoffen zum festen Bestandteil von Verhandlungen und Gesprächen mit den betreffenden Ländern machen (z. B. Dual Pricing, Wettbewerb).

Verfügbare politische Instrumente müssen genutzt werden.

Gegenwärtig sind einige handelspolitische Maßnahmen in Kraft. Durch diese Maßnahmen wird ein fairer Wettbewerb nur unzureichend hergestellt.



### **Zu Frage 10: K+S begrüßt deutsche Rohstoffagentur**

K+S begrüßt die Initiative der deutschen Bundesregierung, mit der Einrichtung der Deutschen Rohstoffagentur bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) mit dem Ziel der Rohstoffdiplomatie und Auslandsaktivitäten von Unternehmen zu intensivieren. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie stellt für bestimmte unternehmerische Vorhaben auf dem Rohstoffsektor im Ausland flankierende finanzielle Instrumentarien zur Verfügung.

## **3 Entwicklung**

### **Good Governance gegen Korruption in Entwicklungsländern (Frage 11)**

Korruption erschwert Investitionen europäischer Unternehmen in Entwicklungsländern insgesamt und hemmt gleichzeitig das Engagement im Rohstoffbereich dieser Länder. Die Bekämpfung von Korruption in Entwicklungsländern sieht K+S als wichtig an. Dazu sollten unterschiedliche Maßnahmen im Bereich „Good Governance“ in den Entwicklungsländern durch die Europäische Union unterstützt werden: Industrie und Politik sollten gemeinsam an einem Strang ziehen, um das bei Unternehmen aus dem Bergbausektor vorhandene Wissen im Kampf gegen Korruption im Rohstoffbereich anzuwenden.

1. Die Etablierung eines unabhängigen Justizwesens (Rechtssicherheit) und die schnelle und vollständige Implementierung von Gesetzen und Verordnungen. Der Aufbau bzw. Ausbau von Bergbaubehörden in den Ländern sollte mit dem Ziel unterstützt werden, die Transparenz von Ausschreibungsverfahren für Investitionsmöglichkeiten im Rohstoffbereich zu verbessern.
2. Der Aufbau und Ausbau von Transportinfrastruktur für die Gewinnung und Veräußerung von Rohstoffen. Investitionsvorhaben und Anliegen europäischer Unternehmen sollten dabei berücksichtigt und mit entwicklungspolitischen Projekten verknüpft werden.



3. Der Aufbau von geologischen Diensten in den Ländern und eine Unterstützung bei der Exploration von Rohstoffen durch europäische Behörden unter Berücksichtigung der Einhaltung von Umwelt-, Arbeitssicherheits- und Sozialstandards.

Die Erfahrung und das Fachwissen europäischer Unternehmen aus dem Bergbausektor sollte für einen Wissenstransfer an Schwellenländer genutzt werden, z.B. indem Unternehmen in die Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden. K+S leistet als Bergbauunternehmen mit integrierter landwirtschaftlicher Anwendungsberatung und dem damit einher gehenden Know-How-Transfer einen wichtigen Beitrag zur internationalen Entwicklungsarbeit. In Schwellen- und Entwicklungsländern ist der sachgerechte Düngemiteleinsatz meist weniger umfassend geregelt als in Europa. K+S schult Anwendungsberater vor Ort sowie die Verantwortlichen auf den Plantagen und unterstützt lokale Behörden und Ausbildungseinrichtungen mit Informationsmaterialien. Voraussetzungen für eine erfolgreiche landwirtschaftliche Beratung sind u. a. die Forschungsaktivitäten und Feldversuche von K+S. Als einer von mehreren Geschäftsbereichen betreut die K+S KALI GmbH zur Zeit rund 250 Feldversuche weltweit.

### **Zu Frage 12: Förderung von Einkommenstransparenz in Bergbauindustrie in rohstoffreichen Ländern / Transparenzinitiative EITI**

K+S hält die Transparenzinitiative EITI für insgesamt sinnvoll, um Zahlungsströme zwischen Rohstoffunternehmen und -ländern offen zu legen. Die EU sollte die Partnerländer Afrikas ermutigen, der Transparenzinitiative EITI beizutreten und alle ihre Rohstoffsektoren den Vorgaben der Initiative zu unterstellen.

K+S möchte die Europäische Union auf deutsche Initiativen hinweisen, welche die Transparenz von Herkunft und Handelswegen bei Rohstoffen verbessern. Dazu gehören in Deutschland die Projekte „geologischer Fingerabdruck“ und „Zertifizierung von Handelsketten“ von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit förderte diese Projekte.



#### **Zu Frage 15: Koordinierung / Förderung von Exploration / Exploitation in Entwicklungsländern durch die EU**

Exploration und Exploitation von Rohstoffen im Inland wie im Ausland sind Sache der Industrie, ggf. flankiert durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen. Eine Koordinierung auf europäischer Ebene ist nicht erforderlich.

## **4 Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen in der EU**

#### **Zu Frage 16: Rohstoffbelange berücksichtigen**

Europa braucht eine kohärente Rohstoffpolitik. Es besteht die Gefahr, dass der Zugang zu Lagerstätten und die Sicherstellung der Rohstoffversorgung durch die EU-Gesetzgebung in anderen Politikbereichen konterkariert wird. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Naturschutz, Gewässerschutz, Bodenschutz sowie Chemikalienrecht. K+S setzt sich deshalb dafür ein, dass der Bericht um eine Abschätzung der Auswirkungen von EU-Gesetzgebung auf die Rohstoffversorgung und -gewinnung sowie eine angemessene Berücksichtigung der Rohstoffbelange bei der Ausgestaltung gegenwärtiger und zukünftiger europäischer Rechtsvorschriften ergänzt wird.

#### **Zu Frage 17: Ökologische, ökonomische und soziale Belange gleichrangig berücksichtigen**

Damit der Zugang zu Lagerstätten durch zukünftige Ausweisungen von Naturschutzgebieten nicht prinzipiell beschränkt wird, sollte die EU-Kommission die FFH- (92/43/EWG) und die Vogelschutzrichtlinie (92/43/EWG), die Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG) sowie die neue Industrieemissionsrichtlinie (IED) so anpassen, dass bei der Ausweisung von Schutzgebieten ökologische, ökonomische und soziale Belange gleichrangig berücksichtigt werden können und behördliche Ermessensspielräume zulassen.



Die Europäische Kommission hat in ihrer Mitteilung (699) vom November 2008 richtigerweise die mangelnde Vereinbarung von Anliegen der Rohstoffgewinnung und des Naturschutzes im Rahmen des Natura 2000-Schutzregimes als eine der größten Schwierigkeiten für den Zugang und die Gewinnung von Primärrohstoffen in Europa eingestuft.

Der 2009 von der EU-Kommission entwickelte Leitfaden zur Vereinbarkeit der nicht-energetischen Rohstoffgewinnung mit den Natura 2000-Richtlinien war ein erster Schritt. Es muss nun abgewartet werden, ob sich der Leitfaden in der Praxis bewährt und den Zugang zu Lagerstätten in und nahe Natura 2000-Gebieten verbessern hilft.

Vorrangregelungen für die Rohstoffgewinnung sind nationalen Planungen mit den entsprechenden Gebietskenntnissen zu empfehlen.

## **5 Förderung von Fachkenntnissen und Forschung, Entwicklung und Innovation**

### **Frage 21: Ausbildung von Fachkräften im Bereich Bergbau/Rohstoffe - Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Universitäten und Behörden**

Eine vorausschauende Personalpolitik ist der Schlüssel für Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit vor dem Hintergrund der besonderen Herausforderungen des demographischen und gesellschaftlichen Wandels in Deutschland und Europa.

Angesichts eines spürbaren Fachkräftebedarfs, insbesondere beim Ingenieurwachstums, ist „Recruiting“ ein wesentliches Thema für K+S. Fachleute in den Bereichen Geologie und Rohstoffsuche, -abbau, -aufbereitung und -veredlung sind für die Versorgungssicherung der europäischen Wirtschaft heute und zukünftig unverzichtbar. Dies gilt sowohl für die nachhaltige Gewinnung von Rohstoffen in Europa als auch für den Bezug von Rohstoffen von außerhalb Europas. Die universitäre Ausbildung von Fachkräften im Bereich „Geologie und Bergbau“ wurde in vielen Ländern der EU deutlich eingeschränkt. In der Folge ist absehbar, dass für die europäische Wirtschaft eine Angebotslücke entstehen wird. Die Initiativen der EU-Kommission



für die Stärkung und Vernetzung von Ausbildungsprogrammen in diesen Bereichen werden deshalb von K+S ausdrücklich begrüßt.

### **Zu Frage 22: Bestehende nationale, regionale oder lokale Programme in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation ausbauen**

In Deutschland wird über ein nationales Kompetenzzentrum für Ressourcen nachgedacht: K+S begrüßt die geplante Ansiedlung dieses vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsinstitutes zur nachhaltigen und sicheren Rohstoffversorgung, das der gesamten Wertschöpfungskette von der Erkundung und Gewinnung der Rohstoffe über ihre Aufbereitung und Veredelung bis hin zum Recycling gewidmet ist. Die Federführung innerhalb der Bundesregierung hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Derzeit läuft die Ausschreibungsphase für das Forschungsinstitut.

K+S selbst steht als Ansprechpartner und Wissensträger in den Bereichen Förderung und nachhaltige Weiterverarbeitung von Rohstoffen zur Verfügung. Im K+S-Forschungsinstitut Heringen, einem der modernsten Forschungszentren in Deutschland in Fragen der Aufbereitung von Mineralien, erforschen unsere Mitarbeiter die effiziente Aufbereitung mineralischer Rohstoffe zur Herstellung von Industrieprodukten und Düngemitteln.

### **Zu Frage 23: K+S sieht akuten Handlungsbedarf bei Forschung, Innovation und Entwicklung im Rohstoffsektor**

K+S arbeitet mit zahlreichen Hochschulen und Universitäten eng zusammen. Trotzdem sprechen wir uns nachdrücklich für eine bessere Verzahnung zwischen öffentlicher und privater Forschung und eine Stärkung wettbewerblicher Elemente in der Forschung aus.

Die Förderung industrierelevanter Projekte sollte an deren technologische Wertschöpfungspotentiale geknüpft werden. Entsprechende Kriterien müssen in Deutschland aber auch europaweit erarbeitet und verbindlich eingeführt werden.



K+S empfiehlt gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die schnelle Einführung der steuerlichen Forschungsförderung. Standort- und innovationspolitisch halten wir diese Maßnahme für dringend notwendig.

### **Zu Frage 24: Vorschlag aus Forschung / Innovation mit positivem Einfluss auf Rohstoffversorgungssicherheit der europäischen Industrie**

Im Rahmen des „*Report of the Ad-hoc Working Group on defining critical raw materials*“ (The ad-hoc Working Group is a sub-group of the Raw Materials Supply Group and is chaired by the European Commission) wird u.a. Magnesium als kritischer Sekundärrohstoff ausgewiesen. Dies wird damit begründet, dass die EU ca. 47% der weltweiten Magnesiumproduktion importiert und China mit ca. 93% der bei weitem größte Produzent von Magnesium ist.

Es bleibt allerdings festzuhalten, dass es in Europa keinen Mangel an Magnesiumverbindungen, aus denen Magnesiummetall hergestellt werden kann, gibt. Die Primärrohstoffbasis ist in Europa also vorhanden.

Europa hat allerdings durch seine Gesetzgebung dafür gesorgt, dass Energiepreise ständig stiegen, wodurch energieaufwändige Prozesse, wie die Herstellung von Magnesiummetall, in Europa nicht konkurrenzfähig sind. Daher ist die Produktion von Magnesiummetall schon lange aus Europa abgewandert. Es muss konstatiert werden, dass auf der einen Seite energieaufwändige Prozesse aus Europa vertrieben wurden und auf der anderen Seite dadurch Importabhängigkeiten entstanden sind.

K+S erkennt zwar an, dass Magnesium derzeit für Europa ein strategisch wichtiger Sekundärrohstoff ist, und deshalb ggfs. temporär als kritisch eingestuft werden sollte, gleichwohl sollte Europa durch seine Gesetzgebung sicherstellen, dass vorhandene, heimische Primärrohstoffe zur Versorgung mit kritischen Sekundärrohstoffen verwendet werden können. Hierzu wäre eine Umwelt- und Energiepolitik erforderlich, die eine konkurrenzfähige Herstellung kritischer Sekundärrohstoffe ermöglicht.



Sollten die entsprechenden umwelt- und energiepolitischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, würde eine Forschungs- und Innovationsinitiative zur Herstellung und Verarbeitung von Magnesium die Basis dafür schaffen, die Rohstoffversorgungssicherheit der europäischen Industrie zu verbessern.

## **6 Ressourceneffizienz und Recycling**

In Deutschland sowie in allen anderen EU-Staaten wird die grenzüberschreitende Abfallverbringung durch die Verordnung 1013/2006/EG über die Verbringung von Abfällen (VVA) geregelt, die auf dem Basler Übereinkommen vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung sowie dem Beschluss C(2001)107/Endgültig des OECD-Rates über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von zur Verwertung bestimmten Abfällen aufbaut und diese in unmittelbar geltendes Gemeinschaftsrecht umsetzt. Somit liegen umfassende Regelungen vor.

K+S KALI GmbH

Kassel, den 17. September 2010